



Protokollauszug zum WIRTSCHAFTSAUSSCHUSS

am Dienstag, 23.01.2024, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Zwischenbericht Projekt WIN LB
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** begrüßt die Anwesenden zur Sitzung des Wirtschaftsausschusses. Nachdem keine Änderungswünsche an der Tagesordnung bestehen, eröffnet er die Sitzung und ruft Tagesordnungspunkt 1 auf.

Es erfolgt ein Bericht durch den **Fachbereichsleiter** Finanzen und durch den **Leiter der Geschäftsstelle** WIN LB. Sie erläutern anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zur Niederschrift) die Struktur und die Verfahrensschritte der Haushaltskonsolidierung mittels WIN LB. Insbesondere gehen sie auf die Begriffsabgrenzung zwischen WIN LB und dem gleichzeitig laufenden Investitionscontrolling ein. Es wird ein Zwischenstand der Ideenbörse und der Kostenstellenanalyse vorgestellt.

OBM Dr. Knecht ist wichtig zu betonen, dass es keine Denkverbote gebe für die beiden Elemente der Haushaltskonsolidierung. Es finde eine transparente Prüfung aller Vorschläge der Mitarbeiter und der Gremien statt. Diese kritische Prüfung soll miteinander diskutiert werden und gemeinsam geschaut werden, welche Einsparungen zumutbar für die Stadtgesellschaft seien. Er eröffnet sodann die Aussprache.

Stadtrat **Prof. Vierling** findet, dass angesichts der schwierigen Finanzlage eine offene und ehrliche Einschätzung der Einsparmöglichkeiten richtig sei. Immerhin seien viele notwendige Bauprojekte in den nächsten Jahren umzusetzen. Konservative Politik der vergangenen Jahre habe die Haushaltslage weiter verschärft. Der politische Auftrag, nachhaltig zu haushalten, wie dadurch eigentlich nicht möglich. Es gelte, finanzielle Möglichkeiten freizuschäufeln, um Bauprojekte und Klimaneutralität umzusetzen. Jetzt vor der Kommunalwahl werden die Parteien sagen, wofür sie die Finanzen verwenden wollen. Die Grünen-Fraktion werde sich konstruktiv in den WIN-LB-Prozess einbringen.

Es haben alle politischen Lager einen Anteil an der Haushaltssituation, entgegnet Stadtrat **Meyer**. Für die nötigen Investitionen, die trotz der angespannten Haushaltslage gemacht werden müssen, erwartet die CDU-Fraktion eine Priorisierung durch die Verwaltung. Die Ideenbörse sei ein gutes Mittel, um Einsparungsmöglichkeiten zu identifizieren; es sollten daraus aber bald, also im

nächsten halben Jahr, erste Vorschläge dem Gemeinderat unterbreitet werden.

Stadtrat **Weiss** zufolge seien viele Vorschläge nicht neu. Einsparungen im investiven Bereich hätten auch Auswirkungen auf den konsumtiven Haushalt. Durch die vielen Verpflichtungen im Haushalt und Pflichtaufgaben der Stadt sei der Spielraum für zusätzliche Ausgaben oder höhere Transferleistungen gering. Für den Gemeinderat sei es wichtig, eine Priorisierung vorgelegt zu bekommen. Die Ausgaben für die Begleitung durch Rödl&Partner seien nicht teuer, wenn dadurch auch Einsparungen erzielt werden.

Für Stadtrat **Dr. O'Sullivan** ist, wichtig, was der Stadtgesellschaft zugemutet werden könne. Aussagen hierüber können erst gemacht werden, wenn auch konkrete Vorschläge auf dem Tisch liegen. Für die Vorstellung der Einsparvorschläge aus der Ideenbörse wünscht er einen zweiten Termin mit den Fraktionen. Es wäre nicht zielführend, einzelne Vorschläge in Wahlkampfzeiten vorab zu diskutieren.

Stadtrat **Eisele** setzt große Hoffnung auf den WIN-LB-Prozess, um bei internen Abläufen zu sparen. Die offene Diskussion auf allen Ebenen sei wichtig für die Abwägung. Die Auswirkungen werde man dann sehen.

OBM **Dr. Knecht** versichert, dass die konkreten Vorschläge im investiven Bereich mit dem Gemeinderat diskutiert werden und auch die Öffentlichkeit einbezogen werde. Die Einsparvorschläge im konsumtiven Bereich werden erst öffentlich beraten werden, wenn sie nachhaltig argumentiert sind. Einsparungen erhofft sich die Stadt durch Desksharing und Umzüge von Abteilungen in die Rathausgebäude nach deren Sanierung. Eine Priorisierung der Maßnahmen werde laufend vorgenommen. Im gemeinsamen Prozess aller Beteiligten werde auch fair eingefordert werden müssen, dass Herzensprojekte wegfallen werden.

Der **Fachbereichsleiter** Finanzen erklärt auf Nachfrage von Stadtrat Eisele, dass im Investitionscontrolling die Fachbereiche Finanzen, Revision und die Baufachbereiche beteiligt seien. Der Fokus liege auf den finanziellen Aspekten der Bauinvestitionen.

Der **Leiter** der Geschäftsstelle WIN LB erläutert, dass momentan viele Effekte noch nicht bezifferbar seien, es werde nicht alles innerhalb eines halben Jahres vorliegen. Die meisten Einsparvorschläge würden zu den nächsten Haushaltsplanberatungen konkret.

Bezüglich der Anregung von Stadtrat **Prof. Vierling** zu verstärkter interkommunalen Zusammenarbeit sagt OBM **Dr. Knecht**, dass die Stadt an dem Thema arbeite. Auch mit den Tochtergesellschaften, z.B. mit Kornwestheim.

OBM **Dr. Knecht** dankt für die Rückmeldungen aus dem Gremium, dessen Erwartungshaltung an den Prozess aufgenommen worden sei.

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** ruft Tagesordnungspunkt 2 auf und erläutert einleitend, dass es in der Entwicklungszusammenarbeit um die Schaffung von Bildung und Perspektiven vor Ort gehe, um die Schaffung von Lebens- und Arbeitsbedingungen, um Fluchtursachen zu verringern.

Es erfolgt ein Bericht durch **Mitarbeiter** des Referats für Stadtentwicklung, Klima und Internationales und durch **Vertreter** des Förderkreises Burkina Faso e.V. und der Deutsch-Ecuadorianischen Gesellschaft e.V. Sie berichten anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

Es werden die anstehenden Projekte in Kongoussi/Burkina Faso vorgestellt, die dank des zivilgesellschaftlichen Engagements, vor allem des Förderkreises Burkina Faso, und einer 90%-igen Förderung des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit durchgeführt werden können.

EBM a.D. **Seigfried** als Vertreter des Förderkreises Burkina Faso e.V. berichtet über die Aktivitäten des Vereins in Ludwigsburg und in Kongoussi. Als Vorreiter in Deutschland mit der ersten Stelle für Entwicklungszusammenarbeit einer Kommune habe Ludwigsburg seit 10 Jahren vielfältige Projekte durchgeführt. Durch Spenden des Förderkreises werden diese unterstützt. Großer Erfolg sei die Finanzierung des laufenden Betriebs einer Berufsschule in Kongoussi, die durch den Förderkreis geschieht. Man lege den Fokus auf integrierte und vernetzte Projekte vor Ort und auch in Ludwigsburg sei der Förderkreis mit Schulen sowie weiteren Akteuren der Zivilgesellschaft vernetzt.

Die Aktivitäten im Rahmen der Klimapartnerschaft mit Ambato/Ecuador werden ebenfalls vorgestellt. Der 10%-ige Eigenanteil für die Projektkosten werden von der Stadt Ambato übernommen. Die Honorarkonsulin **Hönlinger** als Vertreterin der Deutsch-Ecuadorianischen Gesellschaft erläutert das Engagement in dem Südamerikanischen Land.

Mit den zwei Vereinen stünden starke Partner an der Seite, so Stadtrat **Handel**. Dadurch sei vieles geleistet worden. Es sei unstrittig, dass der globale Norden verantwortlich sei für die Klimaveränderungen im globalen Süden. Ziel sei, voneinander zu lernen und sich vor Ort zu engagieren.

Stadträtin **Dr. Klünder** geht auf die starken Projekte in den Städten ein, die weiter betrieben werden müssen. Die Effekte seien sofort vor Ort spürbar. Ludwigsburg sei damit ein gutes Vorbild für andere Kommunen. Gleichwohl sei eine Überfrachtung mit Erwartungen nicht sinnvoll. Sie fragt, ob in Ambato in Bezug auf das Wasserprojekt bereits positive Veränderungen erkennbar seien.

Stadtrat **Weiss** zufolge werde deutlich, wie mit Kleinigkeiten Entwicklungshilfe gemacht werden kann. Er wünscht weiterhin viel Erfolg mit dem zivilgesellschaftlichen Engagement.

Die Frage nach den Kosten und dem Nutzen sei legitim, so Stadtrat **Dr. O'Sullivan**. Aus seiner Sicht seien die Projektkosten sinnvoll eingesetzt. Kommunen leisteten einen wichtigen Beitrag bei der Entwicklungszusammenarbeit und seien unter Umständen auch unmittelbarer als die Entwicklungszusammenarbeit des Bundes.

Stadtrat **Eisele** unterstreicht, dass „Entwicklungszusammenarbeit“ die gegenseitige Hilfe betone, dies sei ein wichtiger Aspekt. Die Projekte würden direkt ankommen und schufen engere Beziehungen. Besonders nachhaltig seien die Projekte mit Wasser. Trotz der schwierigen politischen Situation in Ecuador könnten die Projekte hoffentlich weitergeführt werden.

Das städtische Engagement wird von Stadtrat **Dogan** gelobt; es sei sehr unterstützenswert. Die Berufsschule sei nachhaltig und ermögliche die Menschen vor Ort, selbst Projekte durchzuführen.

OBM **Dr. Knecht** schließt nach der Aussprache den Tagesordnungspunkt.

Beratungsverlauf:

OBM Dr. Knecht ruft Tagesordnungspunkt 3 auf. Es erfolgt ein Bericht durch eine **Mitarbeiterin** des Fachbereichs Wirtschaftsförderung anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zur Niederschrift).

Stadtrat **Prof. Vierling** dankt für den interessanten Netzwerkbericht. Die Frage für den Gemeinderat sei, was die Stadt Ludwigsburg davon habe. Hier nennt er die Zusammenarbeit bspw. mit der Universität Ambato für die Qualifizierung von Fachkräften oder die Passantenzählung. Außerdem sei der Fokus der Podcasts mit Ludwigsburger Unternehmen wichtig und gut.

Mit den 600 Partnern sei das Netzwerk breit aufgestellt, so Stadtrat **Meyer**. Die Vernetzung sei für die Unternehmen das A und O, daher sei es wichtig, möglichst viele Akteure zusammenzubringen und auch den Gemeinderat und die Stadtverwaltung miteinzuschließen.

Stadtrat **Lutz** findet die Aktivitäten gut, für eine breite Zahl von Firmen. Hervorzuheben sei nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität der Austausche der Unternehmen untereinander. Es lohne sich, das Innovationsnetzwerk fortzuführen.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** zufolge müsse sich die Stadt in allen Bereichen gut aufstellen, so auch bei der Wirtschaftsförderung. Sehr wichtig sei der Aspekt der Anwerbung von Start-Up-Unternehmen und die Verbindung zum Cross-Innovation-Center.

Die Netzwerkarbeit lobt ebenfalls Stadtrat **Eisele**.

Mit Verweis auf weitere öffentliche und nichtöffentliche Veranstaltungen der IHK, Handwerkskammer, sowie Kamingespräche der Unternehmen und andere Formate schließt OBM **Dr. Knecht** den Tagesordnungspunkt.

Beschlussvorschlag:

- I.** Die Vertretung der Stadt in der Gesellschafterversammlung (§ 104 Abs. 1 GemO) wird beauftragt, an die Geschäftsführung der Blühendes Barock Gartenschau Ludwigsburg GmbH die folgende Weisung zu erteilen:
 1. Die Blühendes Barock Gartenschau Ludwigsburg GmbH hat die Aufgabe, die Gartenanlage beim Schloss Ludwigsburg zu pflegen und diese als Schaugarten zu führen. Diesen Zweck erfüllt sie insbesondere durch die Vermittlung des Verständnisses für historische Gärten, durch Unterhaltung der Stilgärten nördlich, östlich und südlich des Schlosses, durch Vermittlung von botanischen und biologischen Kenntnissen durch Anlage und Unterhaltung umfangreicher pflanzenkundlicher Sammlungen und Spezialgärten (z.B. Rosarien, Raritätengarten, Tulpensammlung) und durch eine ornithologische Sammlung als Demonstrations- und Forschungsstätte für die Schulen des Landes. Die Gesellschaft widmet sich auch der Förderung von Kunst und Kultur sowie der Pflege und dem Erhalt regionalen Kulturguts. Diese Aufgaben werden im öffentlichen Interesse erbracht. Nach Ansicht der Gesellschafter handelt es sich dabei um Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) im Sinne des Freistellungsbeschlusses der EU-Kommission (K(2011) 9380).
 2. Die Gesellschafter sind sich darüber einig, dass sie aufgrund der von der Blühendes Barock Gartenschau Ludwigsburg GmbH erbrachten Tätigkeiten an dem Fortbestand der Blühendes Barock Gartenschau Ludwigsburg GmbH interessiert sind. Soweit die Blühendes Barock Gartenschau Ludwigsburg GmbH einen Verlust erwirtschaftet, werden die Gesellschafter für die nächsten 10 Jahre den Fortbestand der Blühendes Barock Gartenschau Ludwigsburg GmbH durch

die Finanzierung des jährlichen Fehlbetrags sicherstellen, soweit dies die Haushaltslage der Gesellschafter zulässt.

Dazu werden die Gesellschafter den im jährlich aufgestellten Wirtschaftsplan der Blühendes Barock Gartenschau Ludwigsburg GmbH ausgewiesenen Verlust der Gesellschaft für die gemeinwirtschaftlichen Tätigkeiten ausgleichen. Der Verlustausgleich wird von den Gesellschaftern zu gleichen Teilen und im gegenseitigen Einvernehmen unter dem Vorbehalt der Bereitstellung der Mittel in ihren Haushaltsplänen geleistet.

3. Die Gesellschaft hat jährlich im Zusammenhang mit der Aufstellung des Jahresabschlusses nachzuweisen, dass die Summe der unterjährigen Einlagen der Gesellschafter für die Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Tätigkeit erforderlich war und die daraus entstandenen Verluste nicht übersteigt. Sofern die Ausgleichszahlungen den Fehlbetrag um mehr als 10% übersteigen, hat die Blühendes Barock Gartenschau Ludwigsburg GmbH den übersteigenden Betrag umgehend an die Gesellschafter zu erstatten. Beruht der Fehlbetrag auf keinen gemeinwirtschaftlichen Tätigkeiten, hat die Blühendes Barock Gartenschau Ludwigsburg GmbH die erhaltenen Zahlungen ebenfalls zu erstatten.
4. Ergeben sich durch geänderte unvorhersehbare Umstände nachweislich im Nachhinein höhere Ausgleichsbeträge für die Tätigkeit im Zusammenhang mit der Unterhaltung des Schlossgartens, der Vermittlung des Verständnisses für historische Gärten und der Förderung von Kultur, so können diese soweit es die Haushaltslage zulässt ausgeglichen werden.
5. Für die wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe hat die Gesellschaft eine Trennungsrechnung zu führen.

Die Aufnahme von Tätigkeiten außerhalb der Unterhaltung und Pflege des Schlossgartens, der Vermittlung des Verständnisses für historische Gärten und der Förderung von Kultur durch die Blühendes Barock Gartenschau Ludwigsburg GmbH ist nur zulässig, wenn eine Trennungsrechnung vorgenommen wird, um eine Quersubventionierung durch den Verlustausgleich für die gemeinwirtschaftliche Tätigkeit zu verhindern. Eventuelle Fehlbeträge aus Dienstleistungen, welche nicht von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse sind, werden nicht ausgeglichen.

6. Soweit die Haushaltslage der Gesellschafter dies erfordert, können diese über eine abweichende Regelung des Verlustausgleiches durch einfachen Beschluss entscheiden.
7. Zur Sicherung auch der kommunalrechtlichen Aufsicht sind die Unterlagen zum Nachweis etwaiger Ausgleichsleistungen über einen Zeitraum von 10 Jahren aufzubewahren.
8. Die Geschäftsführung wird angewiesen, diesen Beschluss umzusetzen. Die Kontrolle der Finanzierung erfolgt durch die zuständigen Einrichtungen der Gesellschafter.

9. Dieser Beschluss ersetzt den Gesellschafterbeschluss zur Finanzierung der Gesellschaft vom 19.07.2013.

- II.** Falls aus steuer-, beihilfe- oder sonstigen rechtlichen Gründen redaktionelle Änderungen erforderlich sind, die den wirtschaftlichen Inhalt der Betrauung nicht betreffen, so kann die Vertretung der Stadt diese Änderungen vornehmen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Lutz

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** ruft Tagesordnungspunkt 4 auf. Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereichs Finanzen erläutert die Thematik anhand der Mitteilungsvorlage 002/24. Der Beschluss sei aus Gründen des EU-Beihilferechts notwendig und sei alle 10 Jahre zu erneuern. Es handle sich um einen Betrauungsakt.

Stadtrat **Prof. Vierling** könne dem Betrauungsakt zustimmen. Wenn jetzt die Eintrittspreise bei guter wirtschaftlicher Lage der Gesellschaft erhöht werden, müsse dies gut für die Öffentlichkeit erklärt werden. Er verweist auf den Antrag 016/24 seiner Fraktion, nach dem die LudwigsburgCard als Blüba-Dauerkarte nutzbar sein solle.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** zufolge habe die Gesellschaft einen öffentlichen Auftrag und dieser solle auch durch öffentliche Zuschüsse von Stadt und Land unterstützt werden.

Stadtrat **Eisele** könne der Erneuerung des Betrauungsakts zustimmen. Der Zuschuss sei auf 400.000 Euro gedeckelt.

Die **Mitarbeiterin** des Fachbereichs Finanzen erläutert, dass der Gewinn 2022 ein Ausreißer nach oben gewesen sei, zu den aktuellen Zahlen 2023 könne erst nach Vorliegen des Jahresabschlusses etwas gesagt werden. Der Betrauungsakt sei inhaltlich gleich mit dem aus dem Jahr 2013. Bei der Ausgestaltung und den Formulierungen habe man sich an steuerrechtlichen Vorgaben orientiert.

OBM **Dr. Knecht** stellt sodann den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** ruft Tagesordnungspunkt 5 auf. Einleitend führt er aus, dass die Wirtschaftsförderung Region Stuttgart kürzlich einen Zuschuss für die kommenden drei Jahre beschlossen hat, und auch das Umweltministerium das Festival unterstützt.

Es erfolgt ein Bericht durch die **Geschäftsführerin** der NaturVision Ludwigsburg gGmbH. Sie stellt die Planungen für das Festival 2024 anhand einer Präsentation vor (vgl. Anlage zur Niederschrift).

OBM **Dr. Knecht** dankt der neuen Geschäftsführerin für die neuen Impulse und eröffnet die Aussprache.

Hervorzuheben sei für Stadtrat **Handel** die Belebung der Stadt und vor allem die Open-Air-Veranstaltungen. Auch die Onlineangebote seien sehr gut. Mit Filmen und weiteren Aktionen Wissen im Bereich Natur, Umwelt und Nachhaltigkeit zu fördern sei sehr positiv. Die Gemeinwesenstände seien für die Partner vor Ort essentiell.

Er freue sich auf das diesjährige Festival, so Stadtrat **Meyer**, und über die Neugründung der gGmbH mit der neuen Finanzierungsstruktur. Die Neuerungen haben das Potential, Zielgruppen zu erweitern und das Festival in der Region weiter zu verankern. Für die Arbeit, die Vielseitigkeit der Natur und ihrer Veränderungen zu zeigen, wünscht er viel Erfolg.

Stadtrat **Weiss** zufolge sei die Entwicklung hin zur neuen Gesellschaftsstruktur sehr gut. Für die nächsten drei Jahre in dieser Finanzierung habe er ein gutes Gefühl, dass das Festival positiv sichtbar sei.

Die Fortführung sei intensiv diskutiert worden, ruft Stadtrat **Dr. O'Sullivan** in Erinnerung. Der Gemeinderat habe sich klar für das Festival NaturVision ausgesprochen. Es soll auch weiterhin in die Stadtgesellschaft wirken.

Für Stadtrat **Eisele** ist das NaturVision-Festival Teil der Ludwigsburger Kulturlandschaft. Dabei stünden die Filme im Mittelpunkt; diese auch über Streaming zu zeigen sei eine gute Sache.

Stadtrat **Prof. Vierling** interessiert sich für die Zahl der weltweit für das Festival in Betracht kommenden Filme.

Die **Geschäftsführerin** will offen und mit Ideen auf mögliche neue Zielgruppen zugehen. Es seien ca. 200 Filme jährlich, davon auch viele Spielfilme.

OBM **Dr. Knecht** dankt für die Rückmeldungen und lobt abschließend die Verknüpfung mit den Akteuren des Filmstandorts Ludwigsburg. Dies sei sehr erfreulich und unterstreiche die Wichtigkeit für die Stadt. Er schließt daraufhin den öffentlichen Teil der Sitzung.

TOP 6

TOP Betriebsausschuss Tourismus & Events
Ludwigsburg

Beratungsverlauf:

Siehe gesonderte Niederschrift des Betriebsausschusses Tourismus & Events am 23.01.2024.

TOP 7

TOP Betriebsausschuss Tourismus & Events
Ludwigsburg

Beratungsverlauf:

Siehe gesonderte Niederschrift des Betriebsausschusses Tourismus & Events am 23.01.2024.